

Stadt. Bücherei Dresden  
Lagerhalle, Dresden

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis:** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4598**

**Inseratenpreise:** Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Reichskrise vor der Tür?

### Weitere Verschleppung der Entscheidung.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Reichskabinettkrise, über die bereits gestern ziemlich ausführliche Nachrichten in den Wandelgängen des Reichstages umgingen, scheint sich im Laufe des gestrigen Nachmittages erheblich verschärft zu haben. Fast die gesamte Morgenpresse hält sich in harter Reserve gegenüber dem Minister Simons und der Politik des Reichskabinetts, nur das Berliner Tageblatt, das ja seit längerer Zeit als das offiziöse Organ des Ministers Simons angesehen werden muß, tritt energisch dafür ein. Das ist aber wohl nur auf die Tatsache zurückzuführen, daß das Berliner Tageblatt auch diesmal wieder sehr mangelhaft über die politische Lage orientiert ist. Es weh nichts von den Vorgängen, die sich gestern abend bei der Sitzung der Parteiführer in der Reichskanzlei abgespielt haben. Die Volkszeitung berichtet darüber: „Das Reichskabinet trat gestern nach Schluß der Reichstagsitzung zusammen, um über die angelegentlichsten deutschen Vorschläge zu beraten. Die erste Sitzung dauerte bis 8 Uhr abends. Um 9 Uhr waren die Führer sämtlicher Parteien des Reichstages in die Reichskanzlei getreten, um Mitteilungen der Regierung über ihre Maßnahmen entgegenzunehmen und, wie der Reichskanzler sagte, gemeinsam mit dem Kabinettsrat zu beraten. Die Regierung knüpfte jedoch daran die Bedingung, daß die Beratung und Informationen streng vertraulich behandelt werden müßten, auch gegenüber den Fraktionen. Gegen die Vertraulichkeit der Verhandlungen sprachen sich einerseits die USPD, andererseits die Deutschnationalen aus. Sie wünschten es vor ihren Fraktionen nicht verantworten zu können, daß über solche Lebensfragen des deutschen Volkes geheim verhandelt werden sollte. Im übrigen lehnte der Vertreter der USPD eine gemeinsame Beratung der Parteiführer mit dem Kabinettsrat ab. Die Parteiführer seien lediglich hergekommen, um informiert zu werden über die Beschlüsse des Kabinetts. Man habe sie ja auch vor der Abgabe der Note an Harding nicht um ihren Rat gefragt. Auch die Sozialdemokraten sprachen sich gegen Vertraulichkeit aus. Um 11 Uhr nachts zog sich das Kabinettsrat zu einer Beratung zurück, ob es an der Bedingung der Vertraulichkeit festhalten sollte oder nicht, und entschied sich für das Erstere. Da Deutschnationale, Sozialdemokraten und Unabhängige auf ihrem Standpunkt verharrten und damit drohten, das Zimmer zu verlassen, verzichtete das Kabinettsrat auf jede Mitteilung an die Parteiführer. Es begnügte sich damit, daß der Inhalt der deutschen Note an die amerikanische Regierung nicht bekanntgegeben und der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden könne, bevor sie nicht in den Händen des Staatsdepartements Washington sei. Man ging dann schließlichs auseinander. Die Note an Amerika ging mit den deutschen Vorschlägen heute vormittag nach Washington ab. Da das Reichskabinet den Wunsch hatte, daß im Reichstag keine Aussprache über die Reparationsfrage und die neuen Vorschläge stattfinden, bevor die Note in Washington eingetroffen ist, wurde die für heute nachmittags um 3 Uhr angesetzte Sitzung des Reichstages, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt: Entgegennahme einer Regierungserklärung stand, abgesagt und auf Montag verlegt. Die Parteiführer sind für heute 6 Uhr nachmittags wieder in die Reichskanzlei geladen und werden zu dieser Stunde erfahren, ob die Bedingung der Vertraulichkeit über den Inhalt der deutschen Note in Fortfall kommt. Der großen Öffentlichkeit werden sie am Sonntag durch die Presse bekanntgegeben werden. Nach der Plenarsitzung haben gestern die Fraktionen Sitzungen abgehalten, in denen die Erklärung des Außenministers erörtert wurde. Die Beurteilung der Rede in den Fraktionszimmern, auch in denen der Reiterinsozialisten, war nicht sehr freundlich. Ebenso unglücklich wie die Form der Depesche an Harding fand man die Begründung, die Dr. Simons für das außerordentlich weitgehende Anerbieten, das das Schiedsrichtertum des Präsidenten Harding annehmen sollte. Die Stellung des Außenministers gilt als schwer erträglich. Dieser Eindruck hat sich gestern abend noch verstärkt. Wenn nicht ganz unerwartetes sich ereignet, dann werden in den nächsten Tagen wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts erfolgen.“

Die Wirtschaftspolitischen Nachrichten, die offenbar bei Ausgabe der Note noch nicht genau über die politische Situation informiert waren, deren Ansicht aber als eine von rechtshenker Seite bewertet werden muß, erklären, daß am Montag im Auwärtingen Anschluß des Reichstages die beiden Reichtsparteien mit verschärfter Opposition gegen den Minister Simons beginnen werden. Der Kampf wird von Stinnes und seinen politischen Freunden geführt werden. Dr. Simons hat sich gestern abend nicht mehr das unbedingte Vertrauen der Deutschen Volkspartei erworben. Man glaubt, begründete Annahme dafür zu haben, daß Dr. Simons mehr zur Demokratie als zur Deutschen Volkspartei neigt. Seit der unglücklichen Unterredung mit Saurewein und seit seinen zweiten Londoner Besuchen, die zweifellos über seine Kompetenzen hinausgehen, ist die Stimmung für Simons bei beiden Reichtsparteien unheilvoll. In Kreisen der beiden Reichtsparteien wird die Note an Präsident Harding aus schließlich verurteilt. Man legt auch Dr. Simons zur Last, daß er bei der Unterredung in London nicht gehandelt habe und weist ihm vor allen Dingen vor, ohne vorherige Verständigung mit den wichtigsten Führern der politischen Parteien Deutschlands der Bekämpfung eines fremden Volkes für hundert Jahre ausgeliefert zu haben.

Das deutsche Volk wird also weiter als unmündig behandelt

— die Vorschläge der Regierung werden als Geheimnis vor ihm bewahrt. Angeblich ist das aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten nötig. Wir glauben, daß der Regierung in Washington leicht verständlich gemacht werden könnte, daß die sofortige Veröffentlichung in diesem Falle, mag sie auch gegen die veralteten Regeln der verrotteten Geheimdiplomatie verstoßen, durch Lebensinteressen des deutschen Volkes geboten ist. Wenn das aber wirklich nicht angehen sollte, was wir nicht zugeben, so hätten eben die Vorschläge früher gemacht werden müssen, damit sie noch rechtzeitig der Kritik der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet werden konnten. Jetzt wird das erst geschehen, wenn diese Kritik wirkungslos wird, d. h. wenn wegen der Kürze der Frist keine rechtzeitige Aenderung mehr möglich ist.

## Banrischer Spießschwindel gegen die USPD.

München, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der München-Mugsburger Abendzeitung werden wieder einmal nach dem jezt die Kommunisten verhaftet sind, neue Putschpläne entdeckt, die die USPD. vorhaben soll. Dabei wird auf eine Sitzung des Kreisvorstandes der USPD, die am 5. April in Würzburg stattfand, verwiesen dort sei die Bildung eines Selbstschutzes und Kurierdienstes in die Wege geleitet worden, denn die USPD. treffe jezt ihre Vorbereitungen, um auch bei einem künftigen Putsch mit den Waffen in der Hand eingreifen zu können. Es wird von einem USPD. Hauptquartier und von einer Selbstschutzzentrale gesprochen, die in München beheimatet sein soll. Die ganze Meldung, die aus Erfurt stammt, ist von Anfang bis Ende erlogen und hat nur den durchsichtigen Zweck, die öffentliche Meinung gegen die USPD. zu heben, um bei Gelegenheit die ganze Spießmeute auf die Unabhängigen loszulassen und dann genau so, wie man jezt die Kommunisten in Bayern vor die Ausnahmegerichte schleppt, auf Grund erfundener Spießberichte gegen die Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu verfahren.

## Der Streik der englischen Bergarbeiter. Protest der Bergarbeiter gegen den Streikwiderruf des Dreibundes.

London, 22. April (Reuter.) Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter nahm eine Vertrauensstimmungsordnung für den Sekretär und den Vollzugsausschuß an und protestierte gegen die offizielle Erklärung des Arbeiterdreibundes über den Widerruf des Streiks. Die Berichte aus den einzelnen Bergwerkdistrikten unterstützen sämtlich die Forderung nach einem nationalen Lohnumt und nach Nationalisierung der Bergwerke.

U. London, 23. April. Die Bergarbeiter haben sich bereit erklärt, mit dem Premierminister und den Besitzern zusammenzukommen. Die für Freitag angelegte Konferenz der Bergarbeiter ist auf den heutigen Sonnabend verlegt worden.

### Wirkungen des Streiks.

U. London, 22. April. In maßgebenden Kreisen betrachtet man hier die Kohlenlage außerst pessimistisch. Der Mangel an Kohle macht sich nämlich in den wichtigsten Fabrikkzentren, speziell in Lancashire und Midlands, bemerkbar und die Textil- und Baumwollindustrie liegt vollständig lahm. Die einflussreiche Federation of British Industries, der die meisten Fabrikanten Englands angehören, versucht daher auf die Bergwerksbesitzer einen Druck auszuüben und erklärt gleichzeitig, daß das Angebot der Bergwerksbesitzer für die ärmeren Bezirke zu gering sei. Der Kohlenstreik hat der englischen Staatskasse bereits so große direkte und indirekte Verluste gebracht, daß alle Hoffnungen einer Herabsetzung der Einkommensteuer für dieses Jahr aufgegeben werden müssen. Die Regierung beschlagnahmt vorläufig alle importierte Kohle. Es liegen bereits Angebote aus China vor, aber die chinesische Kohle wird vor zwei Monaten nicht eintreffen können.

In Derbyshire ist in einem Bergwerk ein großes Feuer ausgebrochen. Die Industrie des Landes liegt dank der, die Fabriken schließen, die Zahl der Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag und der englische Markt geht immer mehr zurück. Im Handelsministerium erwartet man, daß die Bergwerksbesitzer neue Angebote machen werden. Ihr Präsident Williams hat die Hoffnungen ausgesprochen, daß man binnen kurzem mit den Bergleuten eine Konferenz abhalten wird um die Lohnfrage zu ordnen.

London, 22. April. Die Transportarbeiter von Südwales haben beschlossen, keine aus Deutschland, Frankreich oder Amerika kommenden Kohlen mehr zu befördern. Die Ausdehnung des Beschlusses auch auf die französische Kohle zeigt deutlich, welchen Umfang der Handel mit deutscher Wiederherstellungskohle angenommen hat. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken hängt da 45 Gruben völlig überflutet sind, auf große Schwierigkeiten.

## Die Bolschewisten in Armenien.

Reuter meldet, daß die Bevölkerung von Erzerum unter dem Schutz von armenischen Truppen, deren Nachhut gegen die Bolschewisten kämpft, die Stadt verläßt. Ein großer Teil von Erivan steht bereits in Flammen. Die Bolschewisten haben sämtliche Lebensmittel der Bauern beschlagnahmt und die armenischen Regierungsmittglieder getötet.

## Die Vereinigten Staaten und das europäische Problem.

Von Engelbert Graj.

Die Haltung, die die amerikanische Regierung gegenüber den Versuchen Deutschlands, sie zur Vermittlung zu bewegen, einnimmt, wird erst verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der gleichzeitig vom amerikanischen Staatsdepartement an alle Staaten, besonders an die Alliierten, gerichtete Note betrachtet. In der erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten sich ihren Anteil an der Festlegung aller Bestimmungen vorbehalten, soweit sie sich auf die Beendigung des Krieges beziehen, und daß sie die unter den Alliierten bestehende Tendenz beobachten, den Vereinigten Staaten keinen Anteil an der Festlegung internationaler Fragen zu gewähren; die Alliierten würden sich zweifellos einem großen Mißverständnis hingeben, wenn sie glauben, sie dürften internationale Angelegenheiten nach ihrem eigenen Gutdünken regeln, ohne die Vereinigten Staaten zu befragen; die Vereinigten Staaten behalten sich dieses Recht ausdrücklich vor und erklären, endgültige Abmachungen nicht anzuerkennen, wenn ihre Zustimmung nicht eingeholt wurde. — Zwar kommentierte der New York Herald diese Note dahin, daß sie sich auf die Frage der deutschen Kasse, der Insel Yap, der Delrechte in Mesopotamien beziehe; aber die amerikanischen Antworten auf die verschiedenen Noten Deutschlands und der bedeutsame Antrag, den Knox im amerikanischen Senat wegen des endlichen Friedensschlusses mit Deutschland gestellt hat, beweisen im Verein mit einigen andern Symptomen, daß die scheinbare amerikanische Interesslosigkeit gegenüber dem europäischen Problem nur Maske war.

Die Vereinigten Staaten richten wieder über den Atlantischen Ozean hinweg ihren Blick nach Europa.

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Wenn Amerika diplomatische Schritte in Europa unternimmt, die mit der Frage der deutschen Reparationsleistungen zusammenhängen, so tut es das nicht um Deutschlands und auch nicht um des deutschen Volkes willen; es kümmert sich dabei auch nicht um Wohl und Wehe der Entente oder eines der Ententestaaten; es vertritt dabei lediglich amerikanische Interessen. Die europäische Politik ist für die Vereinigten Staaten ein Geschäft und hat mit irgendwelcher Gefühlsduselei nichts zu tun. Nur wenn amerikanische und deutsche Interessen miteinander konform gehen, werden wir Amerika an der Seite Deutschlands finden; und dafür haben wir bis jezt noch keine Beweise.

Nach außen hin könnte es so scheinen — und wird auch vielerseits so aufgefaßt —, als ob die Vereinigten Staaten dem unheimlichen Chauvinismus der französischen Imperialisten Jügel anlegen wollten. Es ist möglich, daß die französischen Pläne in Europa speziell in Deutschland, von amerikanischer Seite her eine Korrektur erfahren, wenn amerikanische Interessen bedroht erscheinen. Möglich auch, daß Frankreich abgesenkt und in seinen Ansprüchen an irgendeiner andern Stelle befriedigt wird. Ja, nach den gewonnenen Erfahrungen können wir ruhig den Schluß ziehen, daß die Vereinigten Staaten im Kompensationsverfahren sich ihrer wirklichen oder scheinbaren Dienste dann durch allerlei Konzessionen bezahlen lassen werden. Die Transaktionen des amerikanischen Kapitals, insbesondere der Trusts, werden darüber schon bei guter Zeit Aufschluß geben.

In erster Linie jedoch richtet sich die Aktion der Vereinigten Staaten gegen England. Die Zunahme des englischen Einflusses auf dem europäischen Kontinent und in Vorderasien ruft nunmehr Amerika auf den Plan. Der Handelsvertrag zwischen England und Sowjetrußland ist abgeschlossen; damit ist indirekt der englische Einfluß nicht allein im Nordmeer, sondern im gesamten Ostseegebiet gefestigt worden. Südrußland ist nach der Niederlage Wrangels wieder in die Einflusssphäre Englands gekommen. In der Lösung des türkischen Problems ist der französische Einfluß sichtlich völlig in den Hintergrund gedrängt worden, so daß auch im östlichen Mittelmeer und im Schwarzen Meer Großbritannien dominiert. Im kontinentalen Mittel- und Osteuropa sucht englisches Kapital Schritt für Schritt seinen Eingang zu verschaffen. Das Maß machte voll der Beschluß der bekannten Repräsentation auf der Londoner Konferenz — besonders die beabsichtigte Zollgrenze am Rhein und die bevorstehende 50 prozentige Wertbeschlagnahme bei der Ausfuhr, die beide einen Vorstoß des englischen Handelskapitals gegenüber der deutschen Produktion im Kampfe um die auswärtigen, von England beanspruchten Märkte bedeuten.

Hier liegt die eigentliche Ursache für das Wiedereingreifen der Vereinigten Staaten in die europäische Politik. Die weltpolitische Entwicklung steht im Zeichen der Rivalität zwischen den beiden angelfränkischen Mächten. Und es geht in diesem Kampfe nicht allein um die Herrschaft zur See, allgemein gesprochen, aber um die Herrschaft über den Atlantischen Ozean und seine Küsten, sondern auch um Europa.